



Alexander Bonde

Mitglied des Deutschen Bundestages
Haushaltspolitischer Sprecher Bündnis90/Die Grünen
Obmann im Haushaltsausschuss

Zukunftsfähige Investitionen und nachhaltige Konsolidierung Zwei Seiten derselben Medaille

Übersicht Finanzplanung 2009 bis 2013 Ein politischer Kassensturz

In dieser Krise ist eine konsequente Politik der sozialen und ökologischen Erneuerung unserer Marktwirtschaft notwendig. Wir brauchen jetzt eine kluge Ordnungspolitik verbunden mit **zielgerichteten Investitionen in Klimaschutz, Bildung und soziale Gerechtigkeit**. Investitionen auf Kosten künftiger Generationen, wie sie jetzt notwendig sind, sind einzig und allein dann zulässig, wenn sie den Grundstein für künftigen Wohlstand legen und eine echte Zukunftsrendite erzielen. Die Chance für einen Strukturwandel zu einer nachhaltigen Art des Wirtschaftens ist gerade in der Krise da.

Qualitatives Wachstum, massive Verstärkung der Bildungsausgaben und konsequent soziale Gerechtigkeit sind Grundlage und Voraussetzung für nachhaltige Haushaltskonsolidierung. Zukunftsfähige Investitionen helfen darüber hinaus, die notwendigen Schritte zur Konsolidierung gezielt anzupacken, denn um die Milliardenlöcher in den öffentlichen Haushalten auch nur ansatzweise zu schließen, bleiben **Subventionsabbau, Streichen oder Einfrieren überflüssiger Ausgaben sowie eine ausreichende Basis für Steuereinnahmen** gleichermaßen notwendig. Der notwendige Strukturwandel wird daher auch unbequeme Entscheidungen verlangen. Eine teure Politik, die veraltete Industriestrukturen erhalten will, kann sich Deutschland nicht mehr leisten.

Zuvorderst muss eine klare Analyse vorgelegt werden. Weder die große Koalition noch die schwarz-gelben Verhandler haben den Mut, einen echten Kassensturz vorzunehmen. Dies ist das Ziel dieses Papiers.

Zusammenfassung:

Bis 2013 sind neue Defizite in Höhe von über 455 Milliarden Euro zu erwarten. Für eine Gesamtbetrachtung sind auch die Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“, der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung und die Bürgschaftsprogramme im Rahmen der Konjunkturpakete zu berücksichtigen. In diesen Bereichen stecken Milliardenrisiken. Nicht zuletzt dadurch ist auch beim Schuldendienst eine weitere Steigerung in Höhe von 15,5 Milliarden Euro zu erwarten. Weitere Milliardenrisiken sind bei den Sozialversicherungen versteckt worden. Der Bundesagentur für Arbeit fehlen bis 2013 55 Milliarden Euro. Für die Krankenversicherung sind im nächsten Jahr Defizite von 7,5 Milliarden Euro zu erwarten, obwohl der Bund fast 12 Milliarden Euro Steuergeld zu schießt. Spielräume für Steuersenkungen stehen damit – entgegen aller schwarz-gelben Rhetorik – nicht zur Verfügung.

Defizite über 455 Mrd. €- Regierung rechnet mit 303 Mrd. €

Die nachfolgende Tabelle gibt eine Übersicht über das gesamte Ausmaß der Verschuldung des Bundes bis 2013. Hiernach werden die Defizite in der Finanzplanung auf 455 Mrd. € anwachsen. Die alte Bundesregierung rechnet mit 303 Mrd. €. Auch wenn die designierte neue Bundesregierung noch keinen Finanzplan vorlegen konnte: Die schweren Belastungen, die die Große Koalition errechnet hat, kann auch eine neue Regierung nicht wegphantasieren. Der Bundeshaushalt ist außerordentlich schwer belastet.

Finanzierungslücke des Bundeshaushaltes in der Finanzplanung bis 2013 (in Mrd. €)							
		2009	2010	2011	2012	2013	2009-2013
1	Ausgaben	303,2	327,7	321,1	318,3	313,5	
2	Steuereinnahmen	225,5	213,8	221,9	232,4	240,6	
3	NKA	40	86	72	59	46	303
4	ITF, Soffin und Wirtschaftsfonds	41	19	8	3		71
5	Ausgabenkürzung	0	0	6	9	14	29
6	Privatisierungen	2	2	3	4	4	15
7	GMA	0	0	6	12	19	37
8	Gesamtdefizit	83	107	95	87	83	455

(2009: Entwurf 2. Nachtragshaushalt)

Die prognostizierten Ausgaben und Steuereinnahmen finden sich in Zeile 1 und 2. Die Nettokreditaufnahme (NKA) in Höhe von 303 Mrd. € ist in Zeile 3 eingetragen.

In Zeile 4 findet sich die zusätzliche Verschuldung aus den **Schattenhaushalten** (mindestens 38 Mrd. € Bankenrettungsfonds, 20 Mrd. € Investitions- und Tilgungsfonds und mindestens 13 Mrd. € Wirtschaftsfonds Deutschland). Diese zusätzlichen Schulden von mindestens **71 Mrd. €** werden **bislang nicht etatisiert**, sondern in Schattenhaushalten versteckt. In unserer Übersicht werden sie aufgeführt und auf die Jahre 2009-2011 verteilt.

Bei der Hauptversammlung der Hypo Real Estate wurde deutlich, welche Kosten die Bankenrettung wirklich hat. Statt dreistelliger Millioneneinnahmen für Garantien, wie sie die Bundesregierung annimmt, stehen allein bei der Hypo Real Estate mindestens 10 Milliarden Euro Steuerzahlergeld im Feuer. In dieser Höhe wird der Bund der maroden Bank bis Ende des Jahres **Eigenkapital** zur Verfügung gestellt haben. Die Wirtschaftsprüfer von PWC sehen für das Unternehmen einen negativen Wert. Auch bei den Landesbanken stecken Milliardenrisiken. Angesichts dieser enormen Risiken, welche die Fonds eingehen, sind diese Verschuldungsszenarien sehr optimistisch gerechnet.

In Zeile 5 sind die von der Regierung gewünschten (**erträumten**) **Ausgabenkürzungen** beginnend im Jahr 2011 in Bezug auf das Jahr 2010 aufgeführt. So will der BMF in 2011 bspw. 6 Mrd. € im Vergleich zu 2010 einsparen. 2013 sollen die Ausgaben gar um 14 Mrd. € niedriger ausfallen. Da diese Ausgabenkürzungen zunächst einmal realisiert werden müssen, müssen sie hier zum strukturellen Defizit zunächst hinzuaddiert werden, zumal die Ausgaben in bisherigen Jahren und Haushalten bislang prinzipiell immer gestiegen sind.

Auch die **Privatisierungserlöse** in Höhe von 15 Mrd. € bis 2013 (Zeile 6) erhöhen das strukturelle Defizit (Substanzverzehr) und müssen zunächst einmal erlöst werden.

Der **größte Offenbarungseid des BMF** findet sich in Zeile 7: die globale Minderausgabe (GMA). Hier handelt es sich um pauschale erwünschte und noch nicht umgesetzte Minderausgaben (Einsparungen) in Höhe von 34 Mrd. € bis 2013. Hinzu treten noch zu erwirtschaftende Minderausgaben zur Finanzierung des Hochschulpakts 2020, der Exzellenzinitiative und des Pakts für Forschung und Innovation in Höhe von knapp 3 Milliarden Euro bis 2013. Wo diese Ausgabenkürzungen herkommen sollen, weiß in der Regierung niemand., Hinzu addiert werden muss

noch die GMA für die Hochschulpläne im BMBF in Höhe von knapp 3 Mrd. € bis 2013 (1 Mrd. € in 2011, 2012 und 2013).

Neuverschuldung Haushalt 2009 unter Berücksichtigung der Sondervermögen	
Saldo Einnahmen und Ausgaben/ Nettokreditaufnahme (Mrd. €)	
Haushalt 2009 - Entwurf 2. Nachtrag	
Einnahmen ohne Kredite	254,2
(darunter Steuereinnahmen)	224,1
Ausgaben	303,3
Formale Nettokreditaufnahme (offiziell)	49,1
Verbesserung aufgrund besserer Konjunkturverlaufs	-9
Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“	15
Finanzierungslücke Bankenrettungsschirm	20
Finanzierungslücke Wirtschaftsfonds Deutschland	6
Ehrliche Nettokreditaufnahme 2009	81,1

Defizite der Sondervermögen und Schattenhaushalte im Finanzplan 2013 (Mrd. €)					
	2009	2010	2011	2012	2013
Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“	15	5	-	-	-
Bankenrettungsschirm	20	10	5	3	-
Wirtschaftsfonds Deutschland	6	4	3	-	-
Summe	41	19	8	3	-

Enorme Zinslasten für die nächste Generation

Unter dem Strich bedeutet dies also, dass sich die Defizite im Finanzplan zurzeit auf rd. 442 Mrd. € belaufen. Aber selbst die „offiziellen“ 311 Mrd. € sind schon eine kaum überblickbare Größe. **303 Mrd. € (455) führen zu einer Zunahme beim Schuldendienst (Zinsen) in Höhe von 10,5 Mrd. € (15,5) pro Jahr.**

Wie angesichts dieser Daten für 2016 die Anforderungen der **Schuldenbremse** erfüllt werden sollen (maximal 0,35% des BIP an Defizit, also rd. 9 Mrd. €), bleibt schleierhaft.

Zusätzlich noch ungedeckte Schecks in den Sozialversicherungen

Neben diese Probleme treten die riesigen Löcher in den Sozialversicherungen. Zwar sollen die Verluste der **Bundesagentur für Arbeit (BA) in Höhe von 55 Mrd. € bis 2013** als zinsfreies Darlehen aus dem Bundeshaushalt fließen, wie aber angesichts immer weiterer Beschlüsse zur Belastung der BA (bspw. die Ausweitung der unternehmensweiten Kurzarbeiterregelungen) diese jemals zurückgezahlt werden sollen, weiß niemand in der Bundesregierung. Im Arbeitsmarkt-Rekordjahr 2007 hat die BA einen Überschuss von 6,6 Mrd. € erwirtschaftet, zur Rückzahlung der

Darlehenssumme wären demnach, nach derzeitigen Beitragssätzen, mindestens neun Rekordjahre erforderlich.

In 2010 stehen konkret Liquiditätshilfen für die BA in Höhe von 27 Milliarden Euro im Etatentwurf (2009 noch 3 Milliarden Euro). Begründet wird dies unter anderem mit den beschlossenen Senkungen beim Beitrag auf 2,8%. Hier werden der BA beim finanziellen Ausbluten lediglich Übergangstransfusionen gelegt.

Die Beschlüsse in der **Rente** (u.a. Rentengarantie) sind für die Rentenversicherung eine schwere Belastung und damit auch für den Bundeshaushalt: **Beitragssätze von über 22 Punkten** sind bei stagnierender Wirtschaft nicht unwahrscheinlich, wenn der Bundeshaushalt nicht in die Bresche springen soll. Und jeder Punkt Beitragssatzerhöhung kosten den Bund rd. 1,7 Mrd. € pro Jahr, abgesehen davon, dass die Kosten der Arbeit (Lohnnebenkosten) deutlich steigen würden.

Auch die Finanzierung der **Krankenversicherung** ist auf Anschlag genäht. In diesem Jahr versucht sich die Bundesregierung mit einem Darlehen an die GKV in Höhe von bis zu 4 Mrd. € über Wasser zu halten. Für 2010 ist trotz eines Zuschusses aus Steuergeld in Höhe von fast 12 Milliarden Euro ein Defizit im Gesundheitsfonds von ca. 7,5 Milliarden Euro zu erwarten.

Wunschdenken beim Wirtschaftswachstum

Schlussendlich ist festzustellen, dass die Bundesregierung überaus positive Prognosen für das Wirtschaftswachstum annimmt. So soll die Wirtschaft 2010 um 0,5% und bis 2013 dann drei Jahre lang konstant um **1,9% wachsen**. Schon bei leichten Abweichungen nach unten, die sehr wahrscheinlich sind, sind noch einmal weitere deutliche Korrekturen des Zahlenwerks in Milliardenhöhe zu befürchten.

Risiko Zinslasten

Im Finanzplanungszeitraum kalkuliert die Bundesregierung mit sehr niedrigen allgemeinen Zinssätzen. So sollen im Vergleich zu 2009, wo für Zinsen auf die Bundesschuld 43,9 Milliarden Euro verausgabt werden, die Zinslasten in 2010 auf 41,7 Milliarden Euro sinken. In 2011 steigen sie dann auf 45,4 Milliarden Euro. Angesichts enormer Inflationsrisiken und zu erwartenden Zinssteigerungen sind diese Annahmen gefährlich optimistisch. Allein die Steigerung des allgemeinen Zinsniveaus um 0,1% bewirkt auf lange Sicht eine Mehrbelastung des Haushalts in Höhe von rund 1 Milliarde Euro. Und dieser gefährliche Hebel wird mit den zusätzlichen 303 Milliarden Euro neuer Schulden noch bedrohlicher.

Die alte Bundesregierung argumentiert die dramatische Verschuldung im Jahr 2010 mit dem Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren und ihren konjunkturellen Belebungsversuchen: So seien allein 41,6 Milliarden Euro der NKA in 2010 auf Steuermindereinnahmen, knapp 30 Milliarden Euro auf Mehrausgaben im Arbeitsmarkt, rund 6,3 Milliarden Euro auf Senkung des GKV-Beitrags und etwa 2,7 Milliarden Euro auf direkte Maßnahmen zur Konjunkturbelebung zurückzuführen. Diese Darstellung ergebe also durch die Konjunktur induzierte Verluste in der Summe von über 80 Milliarden Euro, also in etwa der für 2010 vorgeschlagenen NKA. Diese Darstellung ist allerdings sehr unlauter und verkürzt. Unabhängig davon, dass in den vorangegangenen Jahren Überschüsse hätten erwirtschaftet werden müssen, sind nur ein kleiner Teil der Maßnahmen der Regierung adäquates Instrument zur Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise. Viele der Ausgabenprogramme sind ökonomisch wenig sinnvoll, von mangelnden ökologischen Impulsen ganz zu schweigen. Am augenfälligsten war dies bei der Abwrackprämie. Bereits kurz nach Ablauf dieser Prämie ist der Katzenjammer bei Autohäusern und –herstellern groß. Mangelnde Wirksamkeit gilt ebenso für zahlreiche Steuergeschenke. Die Koalition hat weniger als Feuerwehr gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise gewirkt, sondern ein allgemeines politisches Wunschkonzert intoniert.

Subventionsabbau: Innovation und Zukunftsfähigkeit statt Substanzerhalt Grüner Vorschlag Klimaschutzhaushalt

Der Klimawandel ist die größte ökologische und ökonomische Herausforderung unserer Zeit. Neue Forschungsergebnisse u. a. des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung zeigen, dass die Auswirkungen des Klimawandels noch weitaus gravierender und schneller zutage treten werden als bislang angenommen.

Dabei schließen sich die Bekämpfung des Klimawandels und der ökonomischen Krise nicht gegenseitig aus, sondern gehen Hand in Hand. Nur eine ökologisch und ökonomisch nachhaltige Wirtschaftspolitik macht Deutschland klima- und krisenfest. Investitionen in die ökologische Modernisierung wirken gleichzeitig konjunkturstützend.

Notwendig wäre deshalb ein Paket von Maßnahmen, welches zielgerichtet und gestaltend Antworten sowohl auf die Herausforderung des Klimawandels als auch auf die Wirtschaftskrise und die Notwendigkeit zur Haushaltskonsolidierung gibt. Das Umweltbundesamt geht von umweltschädlichen Subventionen in Höhe von 42 Milliarden Euro aus, darunter die Energiesteuervergünstigung für Dieselmotoren, Energiesteuerbefreiung von Kerosin, Mehrwertsteuerbefreiung für internationale Flüge oder die pauschale Besteuerung von privat genutzten Dienstwagen.

Wir wollen umweltschädliche Subventionen und Steuervergünstigungen in Höhe von rund 7 Mrd. Euro mittelfristig abbauen und damit nicht nur den Haushalt strukturell entlasten, sondern auch für zukunftsfähige Investitionen in den Bereichen Klimaschutz, Bildung und soziale Gerechtigkeit nutzen.